

# Kalletal setzt auf „Fairtrade“

**Selbstverpflichtung:** Die Gemeinde will dem Vorbild anderer Städte folgen und auf gerecht produzierte und gehandelte Waren achten. Solche Produkte sollen in öffentlichen Einrichtungen bevorzugt werden

VON JENS RADEMACHER

**Kalletal.** Wenn im Büro von Bürgermeister Mario Hecker Kaffee gekocht wird, dann müssen die Bohnen künftig fair gehandelt worden sein. Denn Kalletal will „Fairtrade-Gemeinde“ werden. Das hat der Rat auf Initiative der Grünen beschlossen. Kalletal wäre damit in der Gesellschaft von Städten wie Lemgo, Lage und dem Kreis Lippe.

Mit dem Grünen-Vorschlag, künftig stärker auf fairen Handel zu setzen und damit die Produzenten in den Entwicklungsländern zu

unterstützen, konnten sich fast alle Ratsfraktionen anschließen. Kritik kam einzig von den „Unabhängigen Kalletaler Bürgern“ (UKB), die sich in der Abstimmung schließlich enthielten.

In Deutschland gibt es nach Grünen-Angaben derzeit 525 Fairtrade-Kommunen. Der faire Handel soll den Produzenten in den Entwicklungsländern – etwa in Afrika, Asien und Lateinamerika – das Existenzminimum sichern und beispielsweise illegale Kinderarbeit verhindern helfen. Die Bewerbung als „Fairtrade-Gemeinde“ bedeutet unter ande-

rem, dass eine Steuerungsgruppe eingesetzt wird, die die Fairtrade-Aktivitäten im Ort koordiniert. Außerdem sollen Produkte aus fairem Handel in Schulen und Kirchen eingesetzt werden. Auch bei lokalen

## „Mit irgend etwas muss man anfangen“

Händlern und in der Gastronomie werden – so das Ziel – verstärkt fair gehandelte Erzeugnisse angeboten.

Auf Letzteres hob Mario Hecker im Rat ab: „Es geht darum zu sensibilisieren, unter

welchen Bedingungen Produkte hergestellt werden“, sagte der Bürgermeister, der selbst für den Grünen-Antrag stimmte. Wirtschaft und Gastronomie sollten auf das Thema aufmerksam gemacht werden, sagte er und bezog sich damit auch auf die Kritik des UKB-Fraktionsvorsitzenden Ingo Mühlenmeier.

Dieser hatte gesagt, der Fairtrade-Beschluss sei überflüssig, vieles selbstverständlich, überdies brauche es nicht noch mehr Vorschriften. Er halte die Angelegenheit für „Klamauk“, der sich aber bestimmt gut in den sozialen Netzwerken ma-

che, spottete Mühlenmeier.

SPD-Fraktionschef Manfred Rehse machte hingegen deutlich, dass er das Thema durchaus ernst nehme: Es sei klar, „dass wir mit diesem Beschluss nicht die Welt retten“, aber „mit irgendetwas muss man anfangen“. Jeder könne außerdem beim Einkaufen darauf achten. Rehse CDU-Kollege Fritz Kreie wies darauf hin, dass auch andere Orte Fairtrade-Kommunen seien, und Jens Unshelm von den „Freien Mandaten Kalletal“ stellte fest: Mit einem solchen Ratsbeschluss „vergeben wir uns nichts“.